SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

herausgegeben vom Sozialistischen Büro, Offenbach - Nr. 5/7o, 1o. Sept.
Solidaritätsbeitrag 5o Pfennig

15 % sind das Mindeste!

Im vorigen Jahr haben die Kollegen von Hoesch, Rheinstahl, Klöckner und vielen anderen Betrieben der verstörten IG Metall-Führung gezeigt, wie man mit den Unternehmern verhandelt: indem man den Laden dicht macht, bis bezahlt wird. Vor diesen Septemberstreiks hatte der IGM-Vorstand in braver Regelmäßigkeit mit den Unternehmern einen jeweils "gerechten Anteil" für die Arbeiter und Angestellten ausgehandelt. Daß selbst die Kapitalisten das Gerede vom "gerechten Anteil" nicht ernst nahmen, ergibt sich schon daraus, daß sie (wegen Arbeitskräftemangel) wesentlich mehr bezahlten als ausgehandelt wurde, woraus die große Diskrepanz zwischen Tarif- und Effektivlöhnen resultiert.

Jahrelang hat der IGM-Vorstand die Organisation nicht mehr im Kampf eingesetzt. Brenner und seine Mannschaft benutzen die große, starke und geschlossene Gewerkschaft von über zwei Millionen Metallarbeitern wie einen Papiertiger. Erst mit den Septemberstreiks, als die Kollegen nach jahrelangem Stillhalten ihre Sache selbst in die Hand nahmen, erkämpften sie sich wieder Erfolge, an die der IGM-Vorstand bislang nicht einmal dachte.

Aber die Gewerkschaftsspitzen haben auf ihre Weise "Lehren" aus den September-Erfahrungen gezogen. Sie haben in diesem Jahr schon früh ein lautes Schlachtgeschrei angestimmt und "massive Forderungen" angekündigt. Bei dem ganzen Lärm haben dann die "Tarifexperten" erst einmal wichtige Zusatzforderungen, die von den Kollegen immer wieder erhoben worden sind, still und heimlich unter den Tisch fallen lassen. So beschlossen die meisten Tarifkommissionen prozentuale Lohnerhöhungen (im Durchschnitt 15 %), anstatt gleiche Pfennig-

15% sind das Mindeste!

sätze für alle Arbeiter zu fordern. Die Forderung der Metallarbeiter nach tariflicher Absicherung der Effektivlöhne und die Forderung nach Wegfall der unteren Lohngruppen wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Keine Rede ist mehr von der Forderung nach einer Öffnungsklausel, die Zusatzverträge erlaubt, um z. B. die hohen übertariflichen Lohnbestandteile im Wege einer "betriebsnahen Tarifpolitik" abzusichern.
Mit dem weitgehendsten Verzicht auf lineare Lohnerhöhung (Erhöhung um gleiche Pfennigsätze für alle Lohngruppen) bestärkt die IG Metall das Unternehmergerede vom "leistungsbezogenen" Lohn und fördert einmal mehr die extreme Ausbeutung von vornehmlich weiblichen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen in den sogenannten Leichtlohngruppen. Diese "Leichtlohngruppen" bringen den Kapitalisten nicht nur Extra-Profite, sondern ermöglichen vor allem ein Ausspielen der Frauen gegen die Männer und der Ausländer gegen die Deutschen, was heißt: die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu verschärfen und so das allgemeine Lohnniveau zu drücken.

Es muß jedoch besonders hellhörig machen, wenn die IGM-Führung in polemischen Scheingefechten mit den Unternehmern nachzuweisen versucht, daß die 15 %-Forderung den "gerechten Anteil" für die Arbeiter und Angestellten am Wirtschaftsaufschwung in der Metallindustrie darstellen würde. Wenn dann die Arbeitgeberverbände 5,4 % für angemessen halten, Schiller und Brandt 11 % im Sinne haben und wenn in der IGM-Vorstandsverwaltung hinter vorgehaltener Hand von 1o % als Mindestabschluß gemunkelt wird, dann heißt es aufpassen.

Kolleginnen und Kollegen, die 15 % Lohn- und Gehaltsforderungen dürfen nicht nur eine Forderung bleiben! Sie müssen das Ergebnis werden! Das Mindestergebnis!
Die Kollegen von Opel-Rüsselsheim z.B. haben über die 15 % der hessischen Tarifkommission hinausgehende Forderungen angekündigt. Und Streik liegt in der Luft! Die Kollegen von der Klöckner-Hütte Bremen haben ihre Tarifkommission zu einer 18 %-Forderung gezwungen (siehe Abdruck aus "Mitmischer", Seite 3).

Um überall mindestens 15 % durchzusetzen, müssen wir jetzt den Druck von unten verstärken. Durch die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft in den Betrieben wurden die Tarifkommissionen gezwungen, die jetzigen Forderungen aufzustellen. Nur durch verstärkten Druck und selbständige Aktionen der Kollegen werden wir unsere Tarifkommissionen und die Unternehmer zwingen, auch einen guten Abschluß zu tätigen!

links SOZIALISTISCHE ZEITUNG *

* Probeexemplare anfordern bei
Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591
(DM 1.5o in Briefmarken beifügen)

SPD—Politik
in der Fessel des Kapitals

Die Regierung Brandt kann mit dem Moskauer Vertrag, wenn er die Zustimmung der Mehrheit des Bundestages erhält, außenpolitisch einen Teilerfolg für sich verbuchen. Sozialisten können diesen Vertrag nur begrüßen, weil er immerhin mit einigen überkommenen Positionen des Antikommunismus und der "roll-back"-Hoffnung gegenüber dem Ostblock Schluß macht.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß dieser Vertrag in der westdeutschen Politik nur deshalb eine Chance erhielt, weil auch die wichtigsten Gruppen der Großindustrie an einer Normalisierung des Verhältnisses zur Sowjetunion interessiert sind. Nur deshalb konnte Brandt in dieser Frage vorankommen. Und die Großindustrie in der Bundesrepublik ist gewiss nicht aus Friedensleidenschaft an einem solchen Vertrag interessiert, sondern aus wirtschaftlichem Expansionsstreben ...

Interesse des Kapitals

Die politische Machtposition der Großindustrie, die beim Moskauer Vertrag den Wünschen der SPD-FDP-Regierung entgegenkam, besteht aber genau so sehr bei anderen Fragen, - und hier zeigen sich durchaus entgegengesetzte Wirkungen!

Natürlich war nach dem Regierungswechsel niemand so töricht, von der SPD-FDP-Regierung eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erwarten. Was aber viele Wähler von der SPD erhofft hatten, das war eine energische wirtschafts- und sozialpolitische Reform zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung, eine Wirtschaftspolitik, die vor allem die Interessen der sogenannten Arbeitnehmer mehr berücksichtigen müßte (die ja immerhin die absolute Mehrheit der Bevölkerung darstellen).

Wir brauchen Spenden

Mit dieser SBK haben wir alle Abonnementsgebühren, Spenden und unsere erheblichen privaten Zuschüsse verbraucht. Für die nächste Ausgabe fehlt das Geld. Wir bitten dringend um neue Spenden:
Sozialistisches Büro
Postscheck Frankfurt Nr. 295680 oder
Solidaritäts- und Aktionsfonds
Sonderkonto Nr. 1/741326/3-11 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach (das Postscheckkonto der Bank: Postscheckamt Frankfurt Nr. 172 48o.)

Kapital fesselt die Regierung

Nun wird mehr und mehr offensichtlich, was die Sozialisten bereits nach dem Regierungswechsel offen aussprachen, nämlich, daß die Regierung Brandt eben diese Hoffnungen nicht erfüllen kann: die Lebenshaltungskosten, vor allem die ohnehin maßlos teuren Mieten, steigen rapide;

Klöckner – Kollegen fordern: 18 Prozent

Die höchste Forderung in der Metalltarifrunde konnten die Kollegen der Klöckner-Hütte Bremen in ihrer Tarifkommission durchsetzen. Der Vertrauenskörper forderte 2o % und ließ sich trotz aller Überredungsversuche des Vorstandsbeauftragten Wenk in der Sitzung der Tarifkommission nur 2 % abhandeln. Mit ihrer 18 %-Forderung (8o Pfennig je Stunde), hinter der die Kampfbereitschaft steht, haben die Klöckner-Kollegen ein Fanal gesetzt, das die Durchsetzung der 15 %-Forderung in den Tarifkommissionen quer durch die Bundesrepublik erst ermöglichte. Zur weiteren Auseinandersetzung hier ein Auszug aus MITMISCHER Nr.5, Betriebszeitung für die Klöckner-Kollegen.

Worin besteht in dieser Tarifrunde unsere Aufgabe? ⟶

Fortsetzung: SPD - Politik ⬇

die Preissteigerung läuft jeder Lohnerhöhung davon;
die sich steigernde inflationäre Tendenz frißt gerade die Guthaben der kleinen Sparer weg;
die Zinsen für die kleinen Kreditnehmer werden immer höher!
Und die CDU/CSU ist schon dabei, sich als Interessenvertretung der Arbeitnehmer und des "kleinen Mannes" aufzuspielen ...

Keine sozialistische Alternative

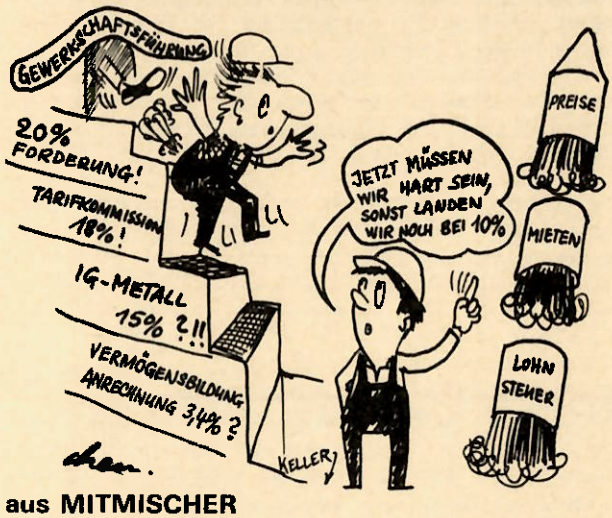
Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung? - In der Bundesrepublik kann die Regierung zwar über den öffentlichen Etat in die Wirtschaftsabläufe hineinwirken und sie kann, gerade wenn sie von Sozialdemokraten geführt wird, über die Gewerkschaftsführungen die Lohnforderungen auf einer "maßvollen" Ebene halten, was sie auch nachhaltig mit Unterstützung von Brenner, Vetter u. a. tut. Diese Regierung hat aber keinerlei Möglichkeiten, die privaten Konzerne und das private Kapital in der Preis-, Investitions- und Gewinnpolitik zu beeinflussen! Und die Konzerne denken gar nicht daran, "Maß zu halten". Sie wollen Gewinne machen, Gewinne wie noch nie. Und die machen sie auch. Die Regierung Brandt, weil sie keine sozialistische Alternative zum Kapitalismus anzubieten vermag, ist wirtschaftspolitisch eine Gefangene des privaten Kapitals.

Die sozialdemokratische Führung hat es längst verlernt, diese Wahrheiten auszusprechen, ja sogar verlernt, diese Wahrheiten zu erkennen. Eben deshalb wird sie jetzt manövrierunfähig, - weil sie nicht zu sagen wagt, daß in der Bundesrepublik heute die privaten Konzerne wirtschaftspolitisch den Ton angeben.

Worin besteht in der Tarifrunde unsere Aufgabe?

Verhindert, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit dem Unternehmerverband auf unsere Kosten einen faulen Kompromiss aushandelt! Konzentriert alle Kräfte darauf, daß kein Mitglied unserer Tarifkommission gegen unseren Willen vor den Funktionären umkippt! Kontrolliert die Tarifkommissionsmitglieder und macht ihnen immer wieder klar, wie im Dezember 1969 sind wir bereit, durch Streik unsere Forderungen durchzusetzen!

Eins steht schon heute fest, wer sich nur auf Verhandlungen verläßt, will den faulen Kompromiß. Wir streiken nicht um zu streiken. Das Ergebnis dieser Tarifrunde entspricht unserem Kräfteverhältnis zu den Unternehmern. Die Verwirklichung unserer 18 %igen Forderung hängt von der rechtzeitigen Vorbereitung unseres Arbeitskampfes ab. - Waren die selbständigen Aktionen der KW-Kranführer und der Dornhubwagenfahrer, der Flämmerei und des Eisenbahnbetriebes vor den Tarifverhandlungen sinnlos? (Gemeint sind die Streiks bei Klöckner im August 197o - SBK-Red.) War die allgemeine Forderung des Betriebsrates nach 2o Pfennig zu diesem Zeitpunkt falsch?



aus MITMISCHER

Nein! In diesen Einzelaktionen drückt sich die Kampfbereitschaft unserer Belegschaft eindeutig aus. Es ist die einzige Sprache, die von der IG Metall-Bürokratie und den Stahlbaronen verstanden wird. Weiterhin zeigen die Teilaktionen im KW, WW und Verkehrsbetrieb, daß die Kollegen einen anderen Weg gefunden haben, unter geringsten eigenen Opfern die Werksleitung empfindlich zu treffen: Das Arbeiten nach Vorschrift bestimmter Abteilungen wie Kranbetriebe, Eisenbahn und anderer, führen zu erheblichen Produktionseinbußen, die die Werksleitung auf die Dauer nicht verkraften kann. Bei anhaltender Störung des Betriebsablaufs würde die Werksleitung nicht umhinkommen, einen Weg zu finden, die berechtigten Forderungen des Kranbetriebes, ⇨

Fortsetzung aus MITMISCHER

Eisenbahner etc. innerhalb oder außerhalb des Lohnrahmens zu erfüllen. Auch in anderen Werken, wie Fiat und Pariser Metro, haben die Kollegen mit diesen Maßnahmen erfolgreiche Aktionen durchgeführt.

Es wäre eine Illusion darauf zu warten, daß die IG Metall und der Unternehmerverband 18 oder 15 % in die Lohntüte legen werden. In diesem Zusammenhang ist es nützlich, sich an die Lohnrunde 1968 zu erinnern, wo der Streik abgeblasen wurde "um die Mitbestimmung nicht zu gefährden", während unser Streik 1969 zu einer insgesamt 16 %igen Lohnerhöhung führte.

Wenn heute einige Kollegen glauben, daß nach dem Tarifabschluß im Oktober das Ergebnis noch durch eigene Aktionen zu bessern sei, machen sie einen Fehler. Nach einem Tarifabschluß der nicht unseren Forderungen entspricht, läßt sich keine Einigkeit in der Belegschaft für einen erfolgreichen eigenen Arbeitskampf organisieren. Selbständige Aktionen der Belegschaft vor und in der Tarifrunde jedoch tragen zur Höhe des Gesamtergebnisses in entscheidender Weise bei. So waren die Septemberstreiks 1969 kein Konkurrenzkampf gegen die IG Metall, sondern der Ausgangspunkt für den vorzeitigen hohen Tarifabschluß. Deshalb sind aufgrund der etwa gleichen Verhältnisse wie 1969 selbständige Aktionen der Stahl- und Metallarbeiter dazu geeignet, vorzeitig IG Metall und Unternehmerverband zum raschen Handeln zu zwingen. Zur Zeit zittern der Unternehmerverband wie auch die IG Metall-Bürokratie vor einer wirklichen Bewegung in den Betrieben.

Spontan auftretende Streiks in den Metall und Stahlbetrieben werden schnelle und hohe Tarifabschlüsse erbringen. Andernfalls werden die Unternehmer Zeit gewinnen, um in den Herbst zu kommen und dabei auf eine sich abschwächende Konjunktur zu hoffen. Das würde unsere Verhandlungsposition ungemein erschweren. Die Unternehmer säßen wieder obenauf.

Sie fürchten zur Zeit deswegen nichts mehr, als wilde Streiks, die ihr langgehegtes Konzept verhindern. Die IG Metall ist in dieser Frage machtlos. Gesetzt den Fall, daß planmäßige Verhandlungen scheitern und die IG Metall erst dann zum Arbeitskampf gezwungen ist, haben die Unternehmer wochenlang Zeit, sich bis zum Winter dieses Jahres auf den Arbeitskampf vorzubereiten und die Öffentlichkeit gegen uns zu mobilisieren. Die IG Metall hätte zum Schluß keine andere Wahl, als den Spruch des Schlichters zu akzeptieren.

In diese Sackgasse dürfen wir nicht kommen. Die Eigeninitiative der Kollegen, wie sie sich schon entwickelte in den Aktionen der Abteilungsstreiks, ist darum wichtiger. Die Tarifbewegung und die augenblickliche Vertretung unserer Interessen bilden keinen Gegensatz, sie sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, die zum Erfolg führt.

LESERBRIEF

Betriebsräte aus der Metallverarbeitung in NRW

Dieses Mal geht es um den letzten Pfennig!

Kolleginnen und Kollegen, die Tarifkommission in NRW beschloß am 25. August folgende Forderung: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 15 %. 2. Angemessene Erhöhung der Vergütung für Auszubildende. 3. Die Laufzeit des abzuschließenden Vertrages darf nicht über 12 Monate betragen.

Bezirksleiter Manowski und die Tarifkommission von NRW geben hier ein Beispiel, wie die Forderungen und Anträge aus vielen Betrieben und Verwaltungsstellen einfach nicht beachtet werden. Der weitaus größte Teil der Metallarbeiter fordert anstelle der prozentualen Lohnerhöhung gleiche Pfennigsätze für alle Arbeiter, gleich in welcher Lohngruppe sie eingruppiert sind. Nicht beachtet wurde die Aufhebung der untersten Lohngruppen, die besonders in der Metallverarbeitung verheerende Auswirkungen hat, obwohl es in den Richtlinien des Vorstandes wörtlich heißt: "... eine Verbesserung des Lohngruppenschlüssels mit dem Ziel, die unteren Lohngruppen anzuheben bzw. zu streichen." Die Tarifkommission von NRW hat die Forderung nach einer besseren Absicherung des Effektivverdienstes, wie sie ebenfalls in den Richtlinien des Vorstandes genannt wird, überhaupt nicht berücksichtigt.

In den Richtlinien zur Tarifbewegung 197o hat der Vorstand der IG Metall gesagt, daß die Tarifbewegung regional geführt wird. Es gibt jetzt schon Tendenzen, die befürchten lassen, daß die Verhandlungen im ganzen Bundesgebiet am Ende doch wieder auf den Vorstand übergehen. Schon jetzt fordern die Unternehmer zentrale Verhandlungen und einen einheitlichen Ecklohn für alle Metallarbeiter in der Bundesrepublik. Das bedeutet in der Konsequenz, daß sich die Lohnforderungen in der gesamten Metallindustrie immer an dem "Letzten in der Branche" orientieren sollen. Otto Brenner und der Vorstand müssen gehindert werden, zentrale Verhandlungen zu führen.
Notwendig ist, daß die Mitglieder und Vertrauensleute nun noch aktiver in den Lohnkampf eingreifen. Wir müssen die errungenen Forderungen jetzt erkämpfen, und wir müssen durchsetzen, daß die Verhandlungsergebnisse durch Urabstimmung von den Mitgliedern anerkannt werden. Die Unternehmer-Profite sind so hoch, daß von den jetzt erhobenen Forderungen kein Prozent, kein Pfennig nachgelassen werden darf.

Der 'gerechte' Lohn

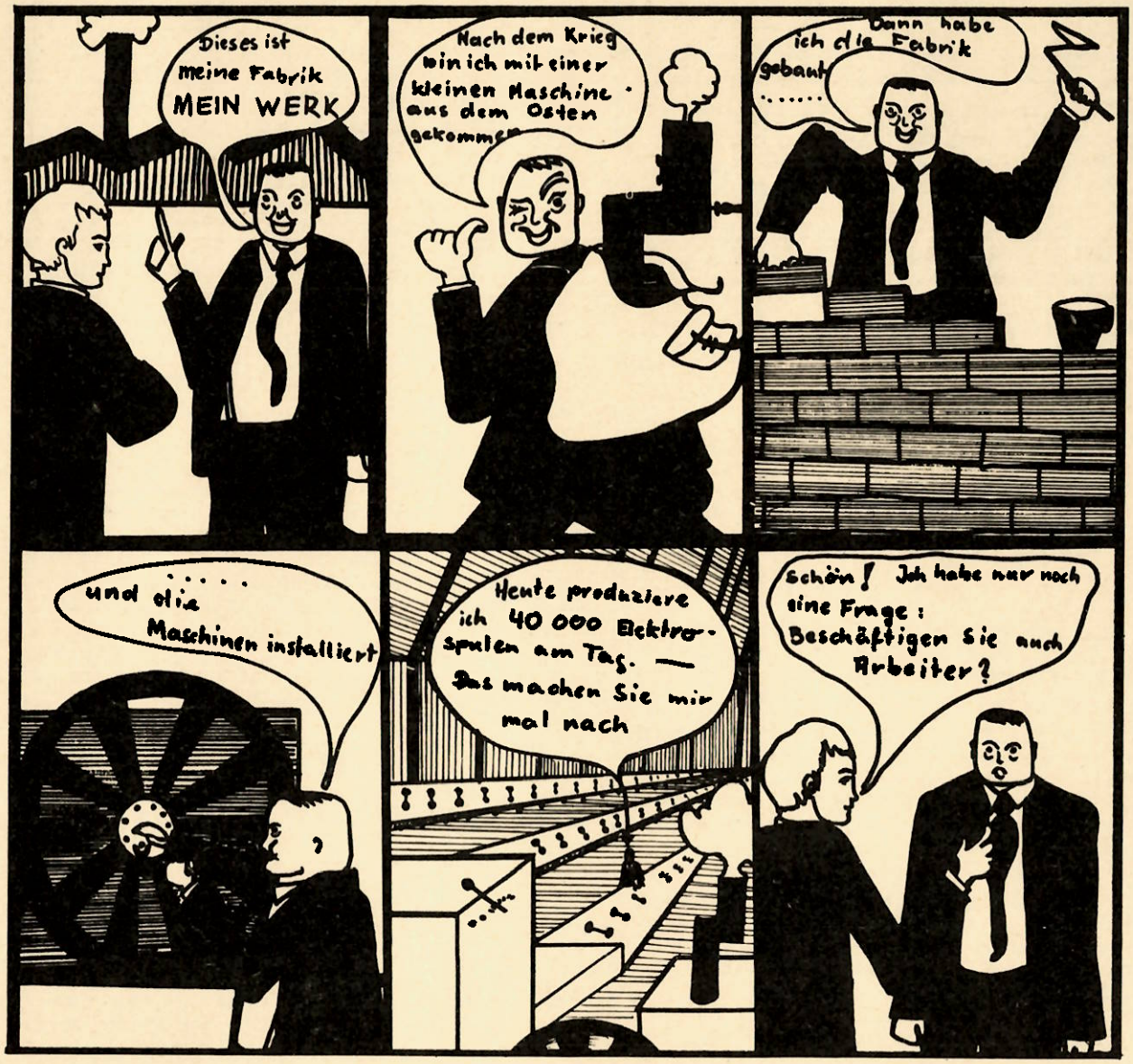
15 % - im Durchschnitt - lautet die Forderung der IG Metall zur jetzt anlaufenden Tarifrunde. Sie sagt aber nicht: 15% ist das, was wir jetzt durchsetzen können. Sondern sie sagt: 15 % sind der "gerechte Anteil" der Werktätigen am gewachsenen gesellschaftlichen Reichtum. Kann es im Kapitalismus so etwas wie einen "gerechten" Lohn geben? Wie kommt der Lohn zustande? Wer bestimmt seine Höhe?

Der Kapitalist benötigt zu den Produktionsmitteln, die er schon besitzt (Maschinen, Gebäude usw.) auch noch Arbeiter. Denn ohne diese sind seine ganzen Anlagen wertlos. Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist die Erzielung von Profit und nicht etwa, den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes zu dienen. Daher wird dem Arbeiter nicht so viel Lohn gezahlt wie die von ihm produzierten Waren wert sind, sondern nur so viel, daß er gerade davon leben kann. - Dazu gehören heute natürlich auch Dinge wie Kühlschrank und Auto. Das ist das Mindeste, was der Kapitalist zahlen muß, denn ohne Arbeiter gäbe es keine Produktion und keinen Profit.

Die genaue Höhe des Lohns schwankt allerdings je nach Konjunkturlage. Jetzt in der Hochkonjunktur benötigen die Kapitalisten viele Arbeitskräfte, um die Produktion noch mehr zu steigern. Wegen der Konkurrenz um die wenigen noch freien Arbeitsplätze müssen die Kapitalisten uns etwas mehr zahlen. Allerdings bewirkt selbst die "heißeste" Hochkonjunktur nicht, daß die Löhne von selbst merklich steigen. Erst kämpfende Arbeiter haben den Kapitalisten größere Lohnerhöhungen abgezwungen.

Überhaupt hängt es immer davon ab, ob sich die Arbeiter die Höhe des Lohns und die Arbeitsbedingungen vom Kapitalisten diktieren lassen oder ob sie selbst Bedingungen stellen und dafür kämpfen. Was bedeutet es dann, wenn die Gewerkschaftsfunktionäre vom "gerechten Lohn" reden und schreiben: "Es geht um den gerechten Anteil am Ertrag" (Metall-Zeitung).

Fortsetzung Seite 6 ►



Entnommen bei ›Marburger Betriebsbote‹

Kostenstruktur und Gewinne der Metallindustrie

Kostenarten und Gewinne	in Milliarden DM 1967	1968	1969
Materialkosten	83,5	93,8	124,5
Verbrauchsbedingte Abschreib.	5,4	5,1	5,7
Kostensteuern	4,0	0,6	2,5
Sonst.Sachaufw.	12,2	13,4	11,3
Personalkosten	50,5	56,0	66,4
Bruttogewinn	11,2	13,5	17,4
dav. Ertragssteuern	4,2	5,5	7,0
Nettogewinn	7,1	8,0	1o,4
Produktionswert	166,7	182,4	227,8

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch das Runden der Zahlen

Kostenarten und Gewinne	in v.H. des Prod.Wert. 1967	1968	1969
Materialkosten	50,1	51,4	54,7
Verbrauchsbedingte Abschreib.	3,2	2,8	2,5
Kostensteuern	2,4	0,4	1,1
Sonst.Sachaufw.	7,3	7,3	5,0
Personalkosten	30,3	30,7	29,1
Bruttogewinn	6,7	7,4	7,7
dav. Ertragssteuern	2,5	3,0	3,1
Nettogewinn	4,2	4,4	4,6
Produktionswert	100,0	100,0	100,0

Die wichtigste Erkenntnis aus dieser Statistik: der Anstieg der Profite der Metall-Kapitalisten ging einher mit einem Rückgang der Personalkostenquote. Die Personalkostenquote fiel 1969 noch unter die Quote von 1965, einem Jahr vergleichbar guter Konjunktur, und entspricht jetzt etwa den Verhältnissen von 1962/63.
(Statistik nach IG Metall)

Fortsetzung: Der 'gerechte' Lohn

Wer so redet, verschleiert, daß Lohnarbeiter und Kapitalisten gegensätzliche Interessen haben:

* Daß die Kapitalisten nicht an "Gerechtigkeit", sondern an möglichst hohem Profit interessiert sind und deshalb immer versuchen werden, unsere Löhne zu drücken.
* Daß wir daran interessiert sein müssen, durch höhere Löhne die Ausbeutung zu mildern und unsere Lage zu verbessern.

Solange es den Kapitalismus gibt, werden sich daher Lohnabhängige und Kapitalisten unversöhnlich gegenüberstehen. "Gerechtigkeit" und "Mäßigung" sind nur Phrasen, die wir immer dann aufgetischt bekommen, wenn wir unsere Interessen durchsetzen wollen. Deshalb ist es lächerlich, wie die IGM-Bürokraten anhand von Statistiken den "gerechten Lohn" auszutüfteln. Einen "gerechten" Lohn kann es im Kapitalismus nicht geben. Es gibt nur den Lohn, den die Arbeiter sich erkämpfen.

(Aus: ROTE ARBEITERZEITUNG, Frankfurt)

Betriebsreport

Der Betriebsreport erscheint für alle größeren Betriebe in Speyer, publiziert Informationen über diese Betriebe und versucht, mit wachsendem Erfolg, in die Betriebe hineinzuwirken. Der nachfolgende Beitrag aus BETRIEBSREPORT versucht, eine Auseinandersetzung in Vereinigte Flugtechnische Werke (ehemals Heinkel), Speyer, einzuschätzen.

In den letzten Wochen wurden in der Metallindustrie zahlreiche spontane Arbeitsniederlegungen registriert, in denen u.a. der Unmut der Arbeiter über die steigenden Preise zum Ausdruck kommt. So kam es auch im Speyerer Werk der VFW-Fokker (Vereinigte Flugtechnische Werke) zu einer Auseinandersetzung, in der die Arbeiterschaft durch solidarisches Handeln ihren Willen um Verbesserung der Lohnbedingungen durchsetzte. Hier unser Bericht über den Verlauf der Auseinandersetzung, die uns lehrt, daß auch in Randgebieten der grossen Industriezentren durch geschlossenes solidarisches Handeln der Werktätigen Erfolge erzielt werden können. Nach unserer Meinung stellt die von den Arbeitern geführte Auseinandersetzung einen ersten Ansatz zur direkten Demokratie am Arbeitsplatz dar. Dieser Ansatz, wird er konsequent weiterentwickelt und greift er auf andere Gebiete über, kann von der Gesellschaft und besonders von unserer Organisation, den Gewerkschaften, nicht übergangen werden, da er als ein Demokratisierungsprozess von unten langfristig und konsequent weiterentwickelt zur Veränderung des kapitalistischen Systems führen kann und somit die Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnarbeit für die Kapitalisten durch die Arbeiter selbst beinhaltet.

Wie man Betriebsräte korrumpiert

Im Volkswagenwerk, in dem Otto Brenner als 2. Aufsichtsratsvorsitzender fungiert, wurde folgende Regelung mit dem Gesamtbetriebsrat getroffen:
1. Alle Betriebsräte ab sofort freigestellt
2. Gehalt 1. Betriebsratsvorsitzender DM 2.393.--
3. Abgewählte Betriebsräte erhalten einen Arbeitsplatz als Meister

Die Regelung erfolgte mit Billigung der IG Metall.

Situation und Forderungen

Die Unzufriedenheit über die Lohnsituation im VFW-Werk war in vielen Abteilungen vorhanden. Bereits vor einem Monat trugen verschiedene Abteilungen durch ihre Vertrauensleute die Meinung an den Betriebsrat heran, daß die Löhne nicht mehr der Marktsituation entsprechen, die sich durch steigende Lebenshaltungskosten in allen Bereichen auszeichnet. Der Betriebsrat trug deshalb den Vorschlag einer 5.%igen Lohnanhebung an die Werksleitung heran, die eventuell als

Vorauszahlung auf die im Herbst zu erwartende Tariferhöhung anzurechnen sei. Die Geschäftsleitung des deutsch-niederländischen Konzernes, der hauptsächlich auf Rüstungsaufträge ausgerichtet ist, und der 1969 nach bisherigen Angaben seinen Umsatz von 7oo Millionen Mark auf ca. 81o Millionen Mark steigern konnte, lehnte mit der Begründung ab: die Situation auf dem Markt sei nicht so, daß eine Lohnanhebung gerechtfertigt sei. Es wurden lediglich einige Lohnungleichheiten ausgeglichen, die sich aufgrund der neuen Leistungsbeurteilung (analytische Arbeitsplatzbewertung) aus dem Mantel-Tarifvertrag vom 1. Januar 197o ergaben.

Dadurch ging der Unmut der ca. 15oo Kollegen nicht zurück. In der kleinen Abteilung Kunststoff (ca. 15 Beschäftigte) erhielten 2 Mann einen solchen Lohnausgleich. Daraufhin kam diese Abteilung am Donnerstag, dem 16. Juli 197o geschlossen zum Betriebsrat, um sich zu beschweren. Dieser Vorgang machte in Windeseile die Runde. Kaum hatten die Kollegen das Betriebsratsbüro verlassen, rückte der ganze Vorrichtungsbau, ein Block von ca. 15o Kollegen vor das Verwaltungsgebäude, in dem sich auch das Betriebsratsbüro befindet. Bei dem Vorrichtungsbau handelt es sich durchweg um hochqualifizierte Facharbeiter, die für das Werk lebensnotwendig sind. Der Betriebsrat begab sich darauf mit den Kollegen in den Speisesaal. In der Versammlung brachte man die Forderung nach 1o %iger Lohnerhöhung und einige werkstattinterne Forderungen (z.B. nach besserer Entlüftung) vor. Die Versammlung dauerte ca. 3/4 Stunde und diese spontane Bewegung setzte sich in den anderen Abteilungen fort. Überall wurden Abteilungsversammlungen durchgeführt. Die Werksleitung und der Betriebsrat wurden mit Telefonanrufen bombardiert, in denen man sich mit den Kollegen des Vorrichtungsbaus solidarisch erklärte und sich den Forderungen anschloß.

Die Reaktion der Geschäftsleitung

Nunmehr war die Werksleitung, die sah, daß die Arbeiter durchaus kampfbereit waren, plötzlich verhandlungsbereit. Der technische Leiter des Werkes schlug vor, zu den Verhandlungen die "Tarifpartner" hinzuzuziehen, damit der Konzern in Anbetracht der im September bevorstehenden Tarifrunde in der Metallindustrie keine Schwierigkeiten mit seinem Verband bekomme. Damit erklärte sich der Betriebsrat einverstanden, aber gleichzeitig wurde durchgesetzt, daß gewählte Vertreter aus der Arbeiterschaft an den Verhandlungen beteiligt wurden.

Die Verhandlungen fanden am Dienstag, dem 21. Juli und am Mittwoch, dem 22. Juli statt. Hierzu kamen Vertreter der Geschäftsleitung aus Bremen angeflogen, da es im Speyerer Betrieb nur eine weisungsgebundene Werksleitung gibt. Die Geschäftsleitung brachte hauptsächlich zwei Argumente gegen eine generelle Lohnerhöhung vor:
1. Man könne angeblich nicht den Maßnahmen der Regierung zur Konjunkturdämpfung zuwiderhandeln, indem man die Abschöpfung der Massenkaufkraft durch die Lohnsteuervorauszahlung und durch eine generelle Lohnerhöhung in einem Sektor der Gesellschaft (eben bei den Arbeitern von VFW) wieder rückgängig mache. Das enge Verhältnis zum Bund, das die Regierungsaufträge in Bezug auf Rüstungsgüter darstelle, würde dadurch gefährdet und man fürchte bei nichtkonformem Verhalten zur Regierungspolitik einen Auftragsrückgang aus Bonn.
(An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal ganz deutlich, in welcher Abhängigkeit sich die Arbeiterklasse und davon gerade der Teil der Arbeiter, der in der Rüstungsindustrie beschäftigt ist, nicht nur von den Kapitalisten selbst befindet, sondern in hohem Maße auch vom Staat, der durch seine Auftragspolitik die Profite der Kapitalisten und das kapitalistische System abstützt und damit ihre Macht aufrecht erhält. Diese Macht kann nur durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen ausgebeuteten Schichten gebrochen werden.)

2. Das zweite Argument der Geschäftsleitung war, daß man durch betriebsinterne Lohnerhöhungen den Tarifverhandlungen im Herbst nicht vorgreifen könne.

Der Betriebsrat wies die Argumentation der Geschäftsleitung zurück. Die Verhandlungen waren festgefahren, auch ein Kompromißvorschlag, die Löhne stufenweise zu erhöhen, brachte kein Ergebnis.

Kampfbereitschaft und Solidarität

Da versammelten sich nach Feierabend einige hundert Kollegen vor der Verwaltung und demonstrierten in beispielhafter und disziplinierter Form ihre Entschlossenheit. Die Kollegen verzichteten an diesem Tage (Dienstag) auf ihre Überstunden, die zur Zeit im Werk geleistet werden. Durch die Demonstration erhielt der Betriebsrat starke Rückendeckung. Ein Betriebsrat gab den Kollegen einen Zwischenbericht über den Stand der Dinge.

Am Mittwoch fand dann während der ganzen Zeit der Verhandlungen ein ständiger Informationsfluß von dem verhandelnden Betriebsrat zu den Abteilungen und eine Meinungsbildung in den Abteilungen statt. Eine wichtige Rolle in der Weitergabe der Informationen und der Meinungsbildung spielten die Vertrauensleute. Als es durch die Entschlossenheit und Solidarität dann am Mittwoch zu einem annehmbaren Verhandlungsergebnis kam, erklärte der Betriebsrat, daß er die Zustimmung der Kollegen einholen werde. Dieser Schritt des Betriebsrates ist in seiner Form beispielhaft und zukunftsweisend. In Abteilungsversammlungen wurden den Kollegen die Ergebnisse mitgeteilt. In Abstimmungen erteilten die Arbeiter einstimmig ihre Zustimmung.

Das Verhandlungsergebnis

1. Die Leistungszulagen, die sich aus dem neuen Leistungsbeurteilungssystem ergab (sie brachte seinerzeit eine Erhöhung der Prämie von 9 % auf 16 % mit sich) wird zunächst für die laufende Beurteilungsperiode ab 1.7. bis 3o.11.197o nicht mehr als außertarifliche Zulage ►

Betriebszeitungen und SBK

Sozialistische Betriebsarbeit wird nur dann zu weiteren Erfolgen kommen, wenn sie Erfahrungen aus den einzelnen Betrieben und Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit überbetrieblich austauscht. Das soll durch die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ unterstützt werden. Nach den ersten fünf Ausgaben der SBK sind wir bereits mit einer Reihe Kollegen und Genossen aus den Betrieben und mit Gruppen, die Betriebsarbeit machen, in Zusammenarbeit gekommen. In vielen Betriebszeitungen finden wir Abdrucke und Argumente aus der SBK. - Immer zahlreicher wird die von uns propagierte Schaffung neuer Betriebszeitungen verwirklicht, denn Betriebszeitungen sind ein wichtiges Mittel für die Aufklärung und Agitation an der betrieblichen Basis. Überall wo sozialistische Betriebsarbeit gemacht wird, sollte eine Betriebszeitung (in kleineren Orten oder Großbetrieben örtliche Betriebsreporte o.ä.) aufgebaut und regelmäßig herausgebracht werden. - Schickt uns immer sofort nach Erscheinen möglichst 5 Exemplare Eurer Betriebszeitungen und Flugblätter. Sie sind wichtige Materialien für das Redaktionskollektiv der SBK, und wir bemühen uns, im Rahmen unserer Möglichkeiten um die überbetriebliche und überörtliche Weiterverbreitung wichtiger Texte. In dieser SBK-Ausgabe z.B. bringen wir Abdrucke aus BETRIEBSREPORT, Speyer, MARBURGER BETRIEBSBOTE, MITMISCHER, Klöckner-Hütte Bremen, ROTE ARBEITERZEITUNG, Frankfurt.

Redaktionskollektiv SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ
Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Fortsetzung aus BETRIEBSREPORT

angerechnet, sondern sie wird jetzt voll als tariflich verankerte Zulage bezahlt. Dadurch kann diese Zulage nicht mehr durch die kommende Tarifrunde aufgefangen werden.
2. Die Übergangslohnstaffel vom 1.9.1969 soll nach der Auswertung der zur Zeit laufenden Lohnvergleiche mit vergleichbaren Firmen, durch eine entsprechende neue Lohntafel ersetzt werden, die die außertariflichen (freiwilligen) Zulagen neu festlegt.
3. Falls dadurch jemand Nachteile haben sollte, wird sein bisheriger sozialer Status durch eine entsprechende Ausgleichszahlung gesichert.
4. Für die Kollegen im Akkord wird ein Ausgleich notwendig. Dazu werden neue Richtsätze errechnet.
Diese Regelung stellt insofern einen Kompromiß dar, da die ursprüngliche Forderung nach genereller Lohnerhöhung nun als individuell leistungsgebundene Zulage zum Tragen kommt. Der Vorteil besteht aber darin, daß die neuen Regelungen nun aber tariflich gesichert sind, was bei einer generellen Lohnerhöhung auf außertariflicher Basis nicht der Fall gewesen wäre.

Unsere Schlußfolgerungen

Nach unserer Einschätzung stellt das Vorgehen der VFW-Arbeiter einen ersten Ansatz zur Arbeiterdemokratie dar. In dieser Auseinandersetzung war der Betriebsrat das ausführende Organ der entschlossenen Belegschaft. Die Vertrauensleute hatten die außerordentlich wichtige Aufgabe der Informierung, Meinungsabstimmung und Organisierung. Diese Auseinandersetzung wurde, und das ist der wichtige Lernprozess der VFW-Arbeiter, nur durch sie selbst getragen und vorangetrieben.

Wir befinden uns am Anfang einer Phase, in der die Unruhe, die nun auch in die westdeutschen Betriebe eingedrungen ist, eine Möglichkeit zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft zugunsten einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung signalisiert. Die Veränderung der Gesellschaft, die von vorauseilenden Bevölkerungsschichten bereits propagiert wurde, die zum großen Teil nicht der Arbeiterklasse angehörten (Intellektuelle), kann nur durch die Arbeiterklasse selbst erkämpft werden. Sie hat die Produktionsmittel geschaffen, und nur durch sie können diese den Klauen der Kapitalisten entrissen werden. Noch befinden sich die Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten und werden von ihnen als Machtinstrument zur Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung mißbraucht. Die Arbeiterklasse muß sich dieser Lage und ihrer Gegenmacht bewußt werden. Der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse wird noch weit sein und es wird Rückschläge geben, die uns aber nicht entmutigen dürfen. Denn das beispielhafte Verhalten der VFW-Arbeiter hat gezeigt, daß durch die geschlossene Solidarität und Kampfbereitschaft der Arbeiter Erfolge und also schrittweise positive Veränderungen im Interesse der Werktätigen durchzusetzen sind.

Sozialistische Betriebsgruppe Speyer

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Impressum: Die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ (SBK) wird hergestellt und vertrieben vom Sozialistischen Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611 - 832593. Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe ist Dagobert Diemann, Karben. Druck: Sozialistisches Büro.